

■ Großbritannien: Neues Glück für die Wissenschaft?

Nach 13 Jahren Labour-Regierung ist nun der Chef der konservativen Tories, David Cameron (43), britischer Premierminister. Die Konservativen sind mit 306 Sitzen im Parlament die stärkste Fraktion, aber nur zusammen mit den 57 Sitzen der Liberaldemokraten reicht es für eine absolute Mehrheit. Geeinigt hat man sich bereits auf ein „beschleunigtes“ Stopfen des Budgetdefizits. Sechs Milliarden Pfund sollen dieses Jahr eingespart werden – ein schlechtes Zeichen für Grundlagenforschung.

Das Institute of Physics (IoP) hatte in der heißen Wahlkampfphase versucht, sich und der Physik Gehör zu verschaffen. In einem „Manifest für die Physik“ hatte es Forderungen an eine wissenschaftsfreundliche Politik gestellt.⁺⁾ Möglichst viele IoP-Mitglieder sollten diese den Kandidaten ihrer Wahlkreise mit vorgefertigten Postkarten nahebringen.

Labour, Konservative und Liberaldemokraten haben in ihren Wahlmanifesten einige der Punkte des IoP berücksichtigt. Allgemeiner Konsens herrscht darüber, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, grüne Technologien zu entwickeln und Forschung und Bildung für alle zu ermöglichen. Konkrete Punkte des IoP, wie die Forderung nach „mindestens einem ausgebildeten Physiklehrer pro Sekundarschule“ oder „Unterstützung für eine internationale Großforschungsanlage im Vereinigten Königreich“ hat dagegen keine Partei aufgegriffen.

Nachdem die anteiligen Ausgaben für Forschung und Entwicklung kontinuierlich auf derzeit 1,8 Prozent des Bruttosozialprodukts gesunken sind, sehen viele Forscher dem zu erwartenden Wissenschaftsbudget mit Sorge entgegen. Um konkrete Zahlen drücken sich alle Parteien. Meist heißt es, man müsse in Zeiten der Rezession den Gürtel enger schnallen.

Viele britische Forscher gehören politisch zur linken Mitte. Seit 1994 gibt es sogar eine Organisation der

Wissenschaftler für Labour. Labour hatte immerhin das Forschungsbudget verdoppelt, allerdings mit der Auflage, dass Wissenschaft an ihrer Wirtschaftlichkeit gemessen werden soll.

Die Liberaldemokraten haben sich im Wahlkampf dafür eingesetzt, dass das Wissenschaftsressort im Kabinett vertreten ist und das Finanzministerium einen „Scientific Advisor“ erhält.

Vertrauen in die Wissenschaftspolitik der Konservativen haben vermutlich die wenigsten Forscher, man denkt immer noch an die mageren Zeiten unter Margeret Thatcher. Immerhin sollen alle neuen Regierungsmitglieder der Konservativen einen Crashkurs in den Naturwissenschaften durchlaufen, eine Kompensation dafür, dass immer mehr Berufspolitiker und weniger Wissenschaftler ins Parlament eintreten. Ob jetzt die fetten Jahre der Wissenschaft im Vereinigten Königreich vorbei sind, bleibt abzuwarten.

Sonja Franke-Arnold

■ Schweiz: Neue Forschungsschwerpunkte

Bundesrat Didier Burkhalter gab in Bern Mitte April die Förderung von acht neuen Nationalen Forschungsschwerpunkten (NFS) bekannt, zwei davon aus der Physik: Der NFS „Quantenwissenschaft und -technologie“ (Klaus Ensslin, ETH Zürich) erhält 17,1 Millionen Schweizer Franken für den Zeitraum 2011 bis 2014. Der NFS „Wissenschaft und Technologie ultraschneller Prozesse im molekularen Bereich“ (Ursula Keller, ETH Zürich) wird von 2010 bis 2013 mit 17,3 Millionen CHF gefördert.

Mit dem Instrument der Nationalen Forschungsschwerpunkte fördert die Schweiz seit dem Jahr 2000 Forschungsnetzwerke von höchster Qualität, mit besonderer Gewichtung interdisziplinärer Ansätze, aber auch neuer, innovativer Fragestellungen innerhalb einzelner Disziplinen. (SBF/AP)

^{+) www.iop.org/manifesto}